www.dielinke-berlin-mitte.de

Die Linke
Bezirksverband Mitte

mittendrin

Ausgabe 03 | 2024 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion • DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Kadriye Karci:

„Auch ich bin eine Berlinerin!“

In Angst und Schrecken versetzt haben muss die 1,52 Millionen Bürger Berlins mit Migrationsgeschichte, also mit einer ausländischen Nationalität oder Herkunft, die Nachricht vom Geheimtreffen rechtsradikaler Politiker, darunter der AfD und der CDU, in Potsdam. Enthüllt von der Redaktion des Medienhauses CORRECTIV, wurde im November im Landhaus „Adlon“ an der Grenze zu Berlin über einen Masterplan zur Ausgrenzung und Ausweisung, zur Remigration Zehntausender Familien und Personen beraten. Menschen von 170 Nationen leben in unserer weltoffenen, bunten, toleranten und multikulturellen Metropole – 36,6 Prozent der Einwohner.

Allein der Bezirk Mitte zählt rund 75 000 Deutsche mit Migrationsgeschichte und ca. 133 000 Ausländer*innen. Das sind 57,1 Prozent unserer Mitbewohner. Eine davon bin ich, 63, wohnhaft im Heinrich-Heine-Viertel.

„Ich lebe und arbeite hier seit 39 Jahren in meiner zweiten Heimat Berlin, zuerst im Ostteil. 1985 musste ich die Türkei verlassen, als Mitglied der KP war ich von der damaligen Junta verfolgt worden. Ich fand Zuflucht in der Hauptstadt der DDR, lernte in Wismar Deutsch und studierte an der Humboldt-Universität. Ich bin deutsche Staatsbürgerin. Als Berlinerin habe ich nach der Einheit Gesamt-Berlins über zwei Jahre lang die Interessen aller Berlinerinnen und Berliner im Abgeordnetenhaus insbesondere bei der Stadtentwicklung vertreten, habe das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Istanbul geleitet. Seit sieben Jahren arbeite ich als Projektmanagerin bei einem Programm der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. Mein Sohn wurde hier geboren,

➢ *Fortsetzung auf Seite 2*

STADTENTWICKLUNG
Mieten explodieren - Kleingewerbe den Miethaien schutzlos ausgeliefert
Seite 3 ▷

MENSCHEN IN MITTE
Mit den Menschen reden und von ihnen lernen: Lukas Ninow
Seite 5 ▷

AUS DEM ABGEORDNETENHAUS
Die Betriebskostenabrechnungen sind zu hoch! Konzept der Linken verspricht schnelle Hilfe
Seite 7 ▷

➢ *Fortsetzung von Seite 1*

ist in Berlin zur Schule gegangen, hat bei der Deutschen Film- und Fernseh-Akademie im Fachbereich Filmproduzent seinen Abschluss gemacht. Jetzt ist er Vater von zwei Kindern, die eine Kita besuchen. Das geschah und geschieht alles in Berlin, in der Hauptstadt Deutschlands, nirgendswo anders. Wir sind Berliner und Berlinerinnen!

Ich bin als Sozialistin und Antifaschistin gegen jede Form von Diskriminierung, verteidige das Recht auf Leben, auf Wohnen, insbesondere die Rechte der Kinder als Verfahrenspflegerin. Aktiv bin ich in der Partei Die Linke, deren Mitglied ich seit 1996 bin, derzeit im Bezirksvorstand Mitte.

Als Sozialistin, als Frau, als Mutter und Großmutter, als Mensch bin ich entsetzt, empört und wütend, dass wieder Pläne für Unmenschlichkeit geschmiedet werden, wie Deutschland wieder mehr Deutschland nur mit Deutschen sein soll. Wer ist eigentlich Deutscher oder Deutsche, wer möchte von sich behaupten, dass er oder sie Deutsche*r ist? Unser Land ist so vielfältig, so bunt. Diese Vielfalt, dieser Reichtum müssen bei den Protesten gegen solche Zusammenkünfte wie im ‚Landhaus Adlon', gegen diesen Rechtsruck, gegen die faschistischen Pläne sichtbar werden. Die Ampel-Regierung ebnet mit ihrer unsozialen, ungerechten, undemokratischen und unmenschlichen Politik den Weg für AfD und Co. Seit Wochen erklären die Regierungsparteien, es sei gut, dass die Menschen die Demokratie verteidigen, ohne ihre Politik zu korrigieren. Schluss damit!

Ich möchte an alle Berliner*innen - egal woher sie gekommen sind, welche Sprache sie sprechen, welchen Glauben sie haben, welches Geschlecht sie haben - appellieren, aufzustehen gegen die AfD, gegen die faschistischen Pläne, bevor es zu spät sein wird, Gesicht zu zeigen für eine gerechte, soziale, demokratische Gesellschaft, für ein selbstbestimmtes Leben, für uns selbst, für unsere Kinder, für unsere Enkelkinder, für jetzt und für die Zukunft.

Nie wieder Faschismus! Und „nie wieder" ist jetzt! **Kadriye Karci**

Nahostkonflikt und Antisemitismus nach dem 7. Oktober

Peter Ullrich, Dr. phil. Dr. rer. med., ist Soziologe und Antisemitismusforscher

Es gibt große Diskussionen — nicht nur in der Linken — zur aktuellen Lage in Gaza sowie der Einordnung Israels, der Hamas und natürlich: zu Antisemitismus. Dieser Themenkomplex ist Linken wichtig, zugleich hochgradig emotionalisiert und polarisierend. Die Hintergründe des Streits sind kompliziert, haben mit deutscher Geschichte und heterogenen linken Traditionen zu tun. Diese zu kennen, mag aber helfen, wenigstens den Dissens als solchen besser zu verstehen.

Die deutsche Diskussion ist erinnerungspolitisch überformt. Doch daraus resultieren unterschiedliche Umgangsweisen: Die Lehre „Nie wieder Auschwitz" fokussiert den Holocaust und seine Ursachen, das „Nie wieder Faschismus und Krieg" eher das universellere – mit der Gefahr der Blindheit für das Partikulare, das Besondere. Genau darüber, also über den Einfluss des eigenen Sprechorts mehr nachzudenken, könnte vielleicht aus mancher diskursiven Endlosschleife herausführen. Stattdessen dominiert in der Nahostdebatte die „Hermeneutik des Verdachts": der Gegenseite werden mindestens dubiose Motive hinter den eigenen Aussagen unterstellt. Angefeuert wird diese unschöne Situation durch eine manifeste Trennung antirassistischer und antisemitismuskritischer politischer Praxen wie auch entsprechender Forschung. Bei Thema Nahostkonflikt stellt es sich so dar: für die eine Seite ist nur die Besatzung das Problem, Antisemitismus bestenfalls aufgeblasener, strategischer Vorwurf. Die andere Seite erklärt so ziemlich jede Äußerung aus antisemitismuskritischer Perspektive und negiert damit den realen Kontext: einen jahrzehntelangen Konflikt und die damit einhergehenden Eskalationsdynamiken als ganz eigene Quelle von Hass und Gewalt.

So ist es wenig verwunderlich, dass auch Empathie meist nur einseitig gewährt wird: den Opfern des terroristischen Hamasangriffs (während dieser von manchen auf der anderen Seite bagatellisiert oder gar unterstützt wird) oder der Bevölkerung im Gaza, die unter dem israelischen Krieg unvorstellbar zu leiden hat (was andere als reinen Selbstschutz schönreden).

Herzlichen Dank an all unsere Wahlkämpfer*innen!

Mit einem Ergebnis von insgesamt + 0,3 Prozentpunkten (die alten, nicht wiederholten Wahllokale eingerechnet) verlief die Wiederholung der Bundestagswahl für Die Linke in Berlin Mitte erst einmal unaufgeregt. Herzlichen Dank an all unsere Wahlkämpfer*innen, die viele Stunden an kalten Infoständen ausgeharrt, viele Treppenstufen erklommen und an Haustüren

geklingelt und viele Zeitungen verteilt haben! Insbesondere dort, wo wir viel Wahlkampf gemacht haben, sind Ergebnisse sichtbar. Das ist schön!

Auffällig bei dieser Wahlwiederholung ist, dass die Beteiligung in den betroffenen Stimmbezirken sehr niedrig war. Insbesondere in den armen Kiezen gehen viel zu wenige Menschen zur Wahl — auch schon bei der vergangenen Wahl lag die Wahlbeteiligung in diesen Kiezen bei weniger als 30 Prozent. Das ist ein großes Problem, denn dadurch sind insbesondere jene, die auf eine starke öffentliche Hand, die hohe Löhne, niedrige Mieten, gute Gesundheitsversorgung und eine friedliche Außenpolitik durchsetzt, angewiesen sind, nicht repräsentiert. Daran müssen wir arbeiten! Wir ziehen also unsere Schlüsse aus der Wiederholung der Bundestagswahl und bereiten uns so auch auf die Europawahlen in diesem Jahr vor. Die Linke ist die soziale Kraft gegen den Neoliberalismus und die Hochrüstung!

Martha Kleedörfer,
Bezirksvorsitzende Die Linke Berlin-Mitte

Ortsverbände für Mitte – ja oder nein?

Der Bezirksverband der Partei Die Linke Berlin-Mitte ist auf dem Weg eine neue Organisationsebene, sogenannte Ortsverbände (OV), einzuführen. Dazu beriet eine Kommission Vorschläge, die der Hauptversammlung des Verbandes am 23. März zur Abstimmung vorgelegt werden.

OVs sind keine neue Erfindung, besonders größere Bezirksverbände in Berlin und verschiedenen Bundesländern sind bereits seit vielen Jahren in Ortsverbänden organisiert, die mal besser und mal schlechter konzipiert sind und betrieben werden. In der Kommission diskutierten die Mitglieder die möglichen Auswirkungen einer solchen Reform in organisatorischer und demokratischer Hinsicht, zum Beispiel zum Einfluss auf die politische Willensbildung des Bezirksverbandes - des größten der Partei. Eine Bestandsanalyse seiner Struktur wurde zur Diskussion ausgearbeitet. Im Ergebnis konnte sich die Kommission nicht auf ein Konzept für eine Ortsverbandsreform einigen. Sie empfiehlt Maßnahmen zur Behebung der bestehenden Disparitäten in demokratischer Hinsicht sowie einiger Dysfunktionalitäten innerhalb der Struktur.

Der Hauptversammlung wird empfohlen, den Bezirksvorstand mit der Umsetzung der aufgeführten sieben Vorschläge zu beauftragen. Zugleich sind Eckpunkte für eine Ortsverbandsreform festgehalten worden, um bei folgenden Diskussionen wieder aufgegriffen werden zu können. Der Prozess der Einführung der OVs dauerte zum Beispiel in Pankow über zwei Jahre, die sich Mitte ebenso nehmen sollte. **Stefan Böhme**

KOSTENLOSE SOZIAL- UND MIETERBERATUNG

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.30 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** von 17.30 bis 19.00 Uhr im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

Kleingewerbe und Dienstleistungsbereich

Den Miethaien schutzlos ausgeliefert!

Der ungebremste Immobilienmarkt des börsennotierten Großkapitals hat auch Folgen für das Kleingewerbe und die unmittelbaren Versorgungsbereiche der Stadtquartiere. Selbst Kitas, Apotheken, Arztpraxen und andere soziale Versorgungsbereiche können sich die völlig ungebremsten und absolut unsozialen Mietsteigerungen häufig nicht mehr leisten.

Dadurch ist nicht nur die Vielfalt in den Quartieren in Gefahr, sondern auch die gesamte Versorgung ihrer Bewohner! Aber der dringend notwendige gesetzliche Schutz dieser Mieter wird auf Bundesebene weiter von FDP, CDU/CSU und AfD mit plumpen Rechtfertigungen blockiert.

Auch der Handelsverband Berlin-Brandenburg ist noch nicht aufgewacht und sieht „derzeit keine allgemeine Gewerbemietenexplosion“, da er offenbar immer noch vom Großkapital des Immobilienmarktes am Nasenring durch die Manege geführt werden kann. Immerhin erkannte der Hauptgeschäftsführer bei einer Bezirksgruppenveranstaltung des Berliner Mietervereins (BMV) Mitte zum Thema Gewerbemietenmarkt, dass die Entwicklung extrem unterschiedlich sei. In den Top-Lagen der Innenstadt gäbe es durchaus hohe Steigerungsraten bei Neuvermietungen und auch Verdrängungsprozesse. Andererseits sei die Nachfrage moderat, was noch durch die Corona-Pandemie und Steigerungen des Online-Handels bedingt sei.

Um genauere Zahlen auch für die höchsten Mietsteigerungen der Gewerbe- und Büroflächen in Berlin zu bekommen, ist es nützlich, eine Studie der Gewerbesiedlungs-Gesellschaft (GSG) zu Rate zu ziehen. Sie war ehemals landeseigen und wurde 2007 privatisiert. Die Studie zeigt die Entwicklung der Mieten, die das Unternehmen aufruft und soll jährlich fortgeschrieben werden. Die GSG ist mit rund einer Million qm, verteilt auf fast 50 Standorte, einer der größten Eigentümer von Gewerbe- und Büroflächen in Berlin. Derzeit zählt sie 2000 Mieter, die meisten in der Innenstadt. Vor allem in Friedrichshain/Kreuzberg gib es die höchsten Miet-Steigerungen, nämlich von 2013 bis 2019 ein jährliches Plus von 15,2 %! Etwas weniger im Bezirk Mitte: Jedes Jahr in diesem Zeitraum 11,2 % mehr. Die Gewerbemieter kleiner Unternehmen sind rechtlich praktisch ohne Schutz!

Seit Jahren liegt ein von Caren Lay von der LINKEN unterstützter Vorschlag im Bundestags-Ausschuss fest, da er u.a. von der CDU blockiert wird. Auch einen verbindlichen Gewerbemietspiegel lehnt die CDU ebenso wie die FDP und die AfD strikt ab. Stattdessen solle man „im Gespräch mit dem Vermieter nach individuellen Lösungen suchen!“

Hier das Beispiel Voltastraße 29 bis 30 in Gesundbrunnen für die Neuorientierung der Gewerbesiedlungsgesellschaften zur äußerst profitablen Bereitstellung komplett eingerichteter Büroräume für Start-up-Unternehmen

Dazu meinte Martin Neise (Kandidat der LINKEN für den Bundestag): „Wenn individuelle Gespräche für die Lösungen derartiger Fragen je etwas gebracht hätten, brauchten wir weder Mietervereine noch Gewerkschaften!“ Für kleine Gewerbetreibende gehe es schlicht um die Existenz. „Sie haben sich einen Kundenstamm aufgebaut und können nicht einfach woanders neu anfangen.“

Der Berliner Mieterverein betonte, dass das Kleingewerbe keine Marktmacht habe und forderte einen verbesserten Kündigungsschutz besonders für soziale Einrichtungen sowie die Einführung eines Gewerbe-Mietendeckels. Zudem müssten die städtischen Wohnungsbaugesellschaften verpflichtet werden, Gewerberäume zu angemessenen Preisen zu vermieten.

Rainer Scholz

Finanzierung der Jugendklubs und Familienzentren gesichert!

Es ist geschafft! Anfang des Jahres standen bis zu 30 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen und Familienzentren auf der Kippe. Der Protest auf der Straße, vor dem Abgeordnetenhaus und vor der Senatssitzung war lautstark … und letztendlich erfolgreich.

Als Bezirksamt sahen wir uns aufgrund des Beschlusses der schwarz-roten Koalition über den Haushalt 2024/2025 mit einer unmöglichen Situation im Bezirk Mitte konfrontiert. Einsparungen in Höhe von 13 Millionen Euro sollten wir erbringen und gleichzeitig wurde uns aufgrund von Festlegungen des Abgeordnetenhauses die freie und eigenständige Entscheidung genommen, wie und wo wir diese absurd hohe Summe einsparen können.

Nun ist es – spätestens seit dem Aufschrei des Bezirks Neukölln im Juni 2023 – keine Neuigkeit, dass die 12 Berliner Bezirke strukturell unterfinanziert sind. Das heißt, sie erhalten von der Landesregierung nicht genügend Geld, um die ihnen zugewiesenen Aufgaben adäquat zu erfüllen. Auf viele dieser Leistungen haben Bürgerinnen und Bürger einen Rechtsanspruch, der erfüllt werden muss, doch einige wichtige Tätigkeiten sind dem Gesetzestext entsprechend „freiwillig“ und fallen somit den Kürzungsvorgaben als erstes zum Opfer. Dazu gehören die Sozialarbeit an Schulen, in Jugendklubs, die Familienförderung oder die Senioreneinrichtungen – also unersetzbare soziale Infrastruktur auf bezirklicher Ebene.

Kundgebung vor dem Abgeordnetenhaus Berlin (Foto: Franziska Brychcy)

Der soziale Kahlschlag musste unbedingt verhindert werden und so trugen die Freien Träger, die Mitarbeitenden des Jugendamtes Mitte und junge Menschen selbst ihren Protest auf die Straße. Ich nahm auf den Kundgebungen Stellung und trug unsere bezirkliche Forderung vor, vom Land mehr Flexibilität beim Sparen zu erhalten. Die Messe für mehr Geld war bereits gelesen, sodass uns lediglich die Hoffnung blieb, dass der Senat unsere alternativen Sparvorschläge annimmt. Der Druck der Protestkundgebungen, gepaart mit dem pragmatischen Agieren des Bezirksamtes, hat dann letztendlich zu einem Entgegenkommen des Finanzsenators geführt.

Die (Er-)Lösung war, dass wir als Bezirk nun Maßnahmen aus der Investitionsplanung nutzen dürfen, um dieses Jahr Einsparungen in Millionenhöhe zu erbringen. Es ist ein Aufatmen, doch nur für kurz. Auch das Haushaltsjahr 2025 birgt noch große Risiken. Und solange sich an der Finanzierung der bezirklichen Aufgabenübernahme (Stichwort Verwaltungsreform!) nichts ändert, werden auch weiterhin Verträge mit den Freien Trägern nur bis zum Jahresende geschlossen. Es bleibt für die Mitarbeitenden in den sozialen Einrichtungen die Unsicherheit, wie es im nächsten Jahr weitergeht. Und Jahr für Jahr kämpfen wir dafür, dass wir das Nötigste bekommen, um Familienzentren, Jugendklubs, Schuldner*innenberatungen, Obdachlosenhilfe oder Senior*innenarbeit weiter sicherzustellen. Jährlich grüßt das Murmeltier.

Christoph Keller,
Bezirksstadtrat der Abteilung Jugend, Familie und Gesundheit

Bezahlkarten nicht gewünscht, Sparen immer bei den anderen

Wieviel Einfluss eine Bezirksverordnetenversammlung auf die Aktivitäten des Bezirksamts haben kann, hängt auch damit zusammen, wie gut ihre Organe arbeiten.

Die Ausschüsse der BVV Mitte tagen seit langem, ohne dass Protokolle erstellt werden. Ein Controlling der Beantwortung von Anfragen oder der Umsetzung von Beschlüssen bleibt den anfragenden Fraktionen überlassen. Die Stellenbesetzungen im BVV-Büro werden von der zuständigen Verwaltungseinheit blockiert. Eine Verbesserung wurde schon längst versprochen. Mit der Umsetzung sieht es leider anders aus.

Die Ansicht, dass die Einführung einer Bezahlkarte anstelle von Bargeld für Geflüchtete reine Schikane ist und zu einer Stigmatisierung von Menschen führt, die sich bei uns heimisch fühlen wollen, und die von der Gesellschaft auch immer nötiger gebraucht werden, wird von der Mehrzahl der Bezirksverordneten geteilt. Ein dringlicher Antrag, der das Bezirksamt zu einem entsprechenden Ersuchen an die Senatsverwaltung anhält, wurde mit Ablehnungen von Rechts der Mitte und einigen Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Nachdem sich Mittes Bezirksbürgermeisterin zur Genüge für die erfolgreichen Verhandlungen zur Verhinderung eines Kahlschlags bei sozialen Trägern und Trägern der Jugendhilfe gegenüber der Landesverwaltung hat feiern lassen, werden nun wieder Finanzierungslücken diskutiert. Sollten die vom Land finanzierten Familienzentren nicht ausfinanziert sein, so sind die Fraktionen der Zählgemeinschaftsmehrheit der Meinung, das Jugendamt habe noch Mittel dazu übrig. Leider wurden wir hier mit unserem Änderungsantrag zur breiteren Suche nach Lösungen überstimmt.

Ein wichtiges Thema der gestellten Anfragen waren die Nachrichten über den Erfolg beim Vorgehen gegen Zweckentfremdung und illegale Ferienwohnungen. Dass die Grundlagen für diese Erfolge von zwei Bezirksstadträtinnen der Linken gelegt wurden, darüber spricht niemand mehr. Wir werden als Fraktion diesen Bereich weiter im Auge behalten, ebenso wie geplante und bereits laufende Bauvorhaben in der Mitte Berlins.

Ingrid Bertermann,
Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. in der BVV Mitte

BEI ANDEREN GELESEN

„Was haben die Menschen gemeinsam, die gegen die AfD auf die Straße gehen?“, fragt sich Heribert Prantl, Kolumnist der **Süddeutschen Zeitung**, und meint: „Nicht unbedingt gemeinsame politische Ansichten im Detail – aber die Bereitschaft, die Demokratie zu schützen. Sie wollen verhindern, dass die Gegner der Grundrechte sich an den Grundrechten gütlich tun. Es wäre gut, wenn diese Volksbewegung die Kraft hätte, die Politik zu bewegen.“ Auch der **Tagesspiegel** sieht in der aktuellen Mobilisierung „ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Demokratie. Und gegen eine schleichende Normalisierung und Akzeptanz rechtsextremer Bestrebungen, die mit dem Erstarken der AfD vermehrt ihren Weg in die deutschen politischen Institutionen finden“. Dabei, heißt es in der **Berliner Morgenpost**, sei nur begrüßenswert, wenn viele Menschen endlich gegen rechts aufstehen. Denn, so das Blatt weiter: „... es ist nicht egal, wer zur Demo geht. Und nein, man kann sich nicht darauf verlassen, dass der Nachbar bestimmt hingeht, während man selbst lieber auf dem Sofa sitzen bleibt. Alle sollten sich in diesen Tagen den Demonstrationen anschließen, Eltern, Kinder, Unternehmer, öffentliche Einrichtungen - denn rechtsextreme Horrorpläne können keinem egal sein, der unsere Demokratie zu schätzen weiß.“ Ähnlich die **Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung**: „Hunderttausende versammeln sich auf den Straßen, um die Demokratie gegen die AfD zu verteidigen: Rentner und Studentinnen, Eltern und Kinder, Bankerinnen und Buchhändler, Politiker und Kirchenleute. Sie demonstrieren entspannt und zivil. Die Landtagswahlen vor Augen und die ‚Remigrations‘-Pläne der AfD im Kopf, brechen sie ihr Schweigen und zeigen den hasserfüllten Schreihälsen, dass die keinen Anspruch darauf haben, für ‘das Volk‘ zu sprechen, selbst wenn die es immer und immer wieder behaupten.“ Das **Straubinger Tagblatt** folgert: „Noch wirksamer als Demonstrationen sind Wahlen. Mit dem Stimmzettel kann man dem rechten Spuk ganz schnell ein Ende machen. So ist zu hoffen, dass die Signale aus München, Hamburg, Berlin, aber auch aus Leipzig und Dresden dort ankommen, wo der Bürger demnächst handeln kann: in Thüringen, Sachsen und Brandenburg und bundesweit bei der Europawahl.“

Lukas Ninow:

Mit den Menschen diskutieren, aber auch von ihnen lernen

Lukas Ninow trifft sich gern mit Menschen, um mit ihnen zu reden und zu diskutieren, aber auch, um von ihnen zu lernen.

„Im Moment ziehe ich einmal pro Woche los, um in Moabit Haustürgespräche zu führen“, berichtet der 32-jährige Philosoph, seit über drei Jahren Mitglied der Partei Die Linke. „Mit meinen Mitstreitern frage ich die Bewohner*innen nach ihren Sorgen und Problemen - ob steigende Mieten oder Angst vor einem Rechtsruck - und mache sie mit dem Programm unserer Partei bekannt. Das, was uns die Leute erzählen, bringen wir in unsere politischen Forderungen ein, nicht nur vor Wahlkämpfen.“

Auf das jüngste Generationentreffen im Karl-Liebknecht-Haus hatte sich Lukas mit einem Zettel voller Ideen zum Thema „Revolution“ vorbereitet. Mindestens viermal im Jahr kommen unter der Regie der Psychotherapeutin Ulrike Freikamp junge und ältere Parteimitglieder zum Austausch von neuen Erkenntnissen und alten Erfahrungen zusammen - auch ein Weg zum engeren Zusammenhalt. „Wenn sich ein 79-jähriger Genosse an die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und den Sozialismusversuch in der DDR erinnert, dann kann ich daraus auch etwas für meine politische Praxis lernen“, betont Lukas. „Wir Jüngeren hingegen versuchen, neue Schwerpunkte wie Migration, Anti-Rassismus, Klimagerechtigkeit oder queeres Leben zu erläutern.“

In Buxtehude zur Welt gekommen, in Hamburg aufgewachsen, studierte Lukas Ninow in Göttingen Mathematik und Philosophie. Seine Masterarbeit schrieb er darüber, wie moralischer Fortschritt gegenwärtig zu denken wäre - in Abgrenzung zu bloßer Veränderung. „Es gibt keine endgültige Antwort darauf, wie wir leben wollen. Wir müssen das immer wieder neu aushandeln. Und genau darum geht’s in der Politik!“

In Göttingen engagierte er sich auch für die Tafel und half mit, bundesweit die „Tafel Jugend“ aufzubauen. „Ich war zwischendurch auch selbst Tafel-Kunde, da erfährt man den krassen Gegensatz von Arm und Reich in unserem Land ganz direkt“, betont er. „Alle Menschen müssen in die Lage versetzt werden, mit ausreichender Bezahlung über sich selbst zu bestimmen“. So forderte er 2020 im

Lukas Ninow

Namen von über 20 Tafeln landesweit in einem Offenen Brief an den Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, die Hartz-IV-Regelsätze zu erhöhen.

Sich selbst nennt Lukas einen „Lebenskünstler“, der gerne schriftstellert, mal ein halb-fiktives Tagebuch über‘s Verrücktwerden schrieb. Gerade sammelt er Gedanken zu fortschrittlicher Männlichkeit, bürgerlicher Herrschaft und was Vernunft damit zu tun hat. Aber immer wieder gerne trifft er mit Menschen zum Reden zusammen. Seinen Lebensunterhalt verdient er sich momentan als IT-Berater und Programmierer. Möge er damit gut über die Runden kommen!

Matthias Herold

Spanischer Käse und mehr

Durch Mittes Zentrum, teils Ort kosmopolitischer Lebenslust, verläuft jetzt ein neuer gesellschaftlicher Riss.

Wieso wird in der Humboldt Universität eine israelische Richterin niedergebrüllt, im Hamburger Bahnhof die jüdische Leiterin des Frankfurter Jüdischen Museums, schlägt ein pro-palästinensischer FU-Student am Rosenthaler Platz seinen jüdischen Kommilitonen krankenhausreif? In meiner Studienzeit vor endlosen Jahren hieß es an der HUB, Antisemitismus sei „ausgerottet". Andere Erfahrungen spielten da keine Rolle… Heute ist alles überall präsent, wird laut und vernehmlich auch gegen den Judenhass protestiert, und doch geht der Alltag seine eigenen Wege. Schon riecht es nach Frühling, die Cafés sind voll, manche Filme wie früher am Wochenende ausverkauft, so die „Anatomie eines Falls".

Im Pei-Bau sah ich fünf volksbildende Musikkurzfilme über berühmte Dirigenten und Orchester aus den 30-ern, in dem von 1934 fehlte das Jüdische; in der „Hellen Panke" vernetzte Jürgen Schebera kenntnisreich noch nicht erfundenes Playback, die ausgegrenzten Comedian Harmonists, Spanienkämpfer Ernst Busch und den amüsanten Unterhaltungsfilm „Gassenhauer" von 1931. Mit Piano-Musik live erlebte ich im Pei-Bau den Berlin-Stummfilm „Menschen am Sonntag" von 1929, sah das Volk samstags schwofen, Herren modisch im Anzug, Damen mit Hütchen, Pumps und Seidenstrümpfen, sonntags in Sonntagskleidung mit S-Bahn und Bus ins Grüne fahren… Im Film erkunden turbulent, zeitgemäß sittsam vier junge Leute einander am Nikolassee. Montags, so der Abspann, malochen sie wieder wie 4 Millionen andere Menschen, warten auf´s Wochenende. Idee: Billy Wilder. Da war er noch nicht emigriert… Mein Konzert im Konzerthaus, das RSO spielte Charlie Chaplins Musik zu Filmausschnitten, fiel für mich wegen Hustens aus, gesundet folgte ich in der Anklamer-/Ecke Brunnenstraße dem Duft aus Käse, Brot und Oliven, stieg die kurze, steile Treppe zum kleinen spanischen Kellerladen hinab, probierte, kaufte zudem winziges Brot… Neues auch vom Tacheles: An der Oranienburger das „Maxim", Café und Bar, guter Kuchen, feiner Kaffee, herausragendes Personal. Junge Syrer kümmern sich liebenswürdig auf Deutsch um Gäste… Im „Starbucks" am anderen Ende des Areals freundete sich ein riesiger Hund in knallgelbem Regencape mit mir an. Modewoche, Filmfestspiele und Essfestival habe ich verpasst. Aber auch ohne endete die Woche gut für mich…

Irene Runge

An ewige Armut und Obdachlosigkeit gewöhnen?

Von Modernisten und Chronisten. Für Touristen.

Noch bis zum 21. April zeigt das **Kupferstichkabinett** am Matthäikirchplatz in der Ausstellung „Die gerettete Moderne" Meisterwerke der klassischen Moderne u.a. von Max Beckmann, Otto Dix, George Grosz, Ernst Ludwig Kirchner, Wassily Kandinsky, Henri Matisse, Edvard Munch und Pablo Picasso. Durch heimlichen Austausch konnten die Werke 1937 vor der Nazi-Propaganda-Aktion „Entartete Kunst" gerettet werden. Begleitend werden – auf Anmeldung – Ausstellungsgespräche sowie Führungen mit dem Kurator angeboten.

Das **Museum Ephraim-Palais** in der Poststraße zeigt die Dauerausstellung „BerlinZEIT – Die Stadt macht Geschichte!" Es ist eine Reise durch acht Jahrhunderte Stadtgeschichte, die von Wachstum und Zerstörung, Toleranz und Verfolgung, Herrschaft und Mitbestimmung geprägt waren. Dabei wird der Bogen von der Stadtgründung bis in die Gegenwart geschlagen.

Ebenfalls im Nikolaiviertel ermöglichen das **Museum Knoblauchhaus** und das **Museum Nikolaikirche** weitere Einblicke in die Historie Berlins.

Zwischen Ende März und Mai ist auf den Oderbergen bei **Lebus** die **Adonisblüte** zu erleben. Dann ist eines der ältesten Naturschutzgebiete Brandenburgs in leuchtendes Gelb getaucht. Unter www.amt-lebus.de können Sie sich über ca. anderthalbstündige Adonisröschen-Wanderungen informieren. Dabei sind Pflanzen zu sehen, die vor allem in den Steppen Asiens und rund um das Schwarze Meer zu Hause sind. Wenn Sie motorisiert in dieser Ecke sind, vielleicht sogar einen Aufenthalt von zwei-drei Tagen planen, empfiehlt sich ein Abstecher zur fast 500 Jahre alten **Festung Küstrin**, unmittelbar hinter der deutsch-polnischen Grenze gelegen. Zum besseren Verständnis der imposanten Anlage und ihrer Geschichte sollten Sie zunächst dem Museum einen Besuch abstatten. Lohnenswert ist auch eine Visite in **Golzow**, wo eine kleine aber feine Ausstellung der legendären Dokumentarfilmreihe „Die Kinder von Golzow" gewidmet ist. Winfried und Barbara Junge begleiteten über 45 Jahre den Lebensweg ihrer Protagonisten, es entstanden 19 Filme mit 18 Einzelporträts. Das ehrenamtlich sachkundig und liebevoll betreute Museum ist von Mittwoch bis Samstag jeweils von 11 bis 16 Uhr geöffnet.

Georg Fehst

Die scheiß Betriebskostenabrechnungen sind zu hoch!

In den Briefkästen landen gerade horrende Zahlungsnachforderungen, die Menschen zum Verzweifeln bringen. Nicht selten wurde uns von Nachforderungen im vierstelligen Bereich berichtet.

Solche Summen sind für viele nicht zu stemmen und bei Nichtzahlung droht den Betroffenen die Kündigung ihres Mietverhältnisses. Bereits jetzt können 5,5 Millionen Haushalte bundesweit ihre Wohnungen aus Geldmangel nicht angemessen heizen.

Das geht so nicht – die Politik muss umgehend reagieren!

Wir haben ein Konzept erarbeitet, das schnelle Hilfe verspricht: Sobald die Zahlungsnachforderung für warme Betriebskosten (Warmwasser & Heizung) mehr ist, als die monatliche Nettokaltmiete beträgt, können Haushalte einen Antrag auf Übernahme der Kosten beim Land Berlin stellen, wenn sie die Rechnung nicht aus dem eigenen Einkommen begleichen können.

Das allein reicht nicht. Gerade die landeseigenen Wohnungsunternehmen haben eine besondere Verantwortung, leistbare Mieten und Heizen zu ermöglichen. Das Leistbarkeitsversprechen bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen soll von 27% Nettokalt- auf 33% Bruttowarmmiete umgestellt werden. Außerdem soll bis zum 31.12.2024 ein Kündigungsmoratorium ausgesprochen werden, sodass landeseigene Wohnungsunternehmen keine Kündigungen wegen Zahlungsrückständen durch Betriebs- und Nebenkostennachzahlungen veranlassen.

Viele ärmere Haushalte wohnen in schlecht sanierten Gebäuden (mit schlechter Energieeffizienz), weil dort die Mieten vergleichsweise günstig sind, und geben im Vergleich den größten Anteil ihres Einkommens für´s Heizen aus. Sie werden von den Kostensteigerungen am stärksten getroffen.

Das ärmste Zehntel der Haushalte in Mehrfamilienhäusern zahlt 8% des Einkommens für´s Heizen, das reichste Zehntel zahlt 1,6%.

Darum dürfen wir Wohnungswirtschaft und Senat nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. In vielen Fällen wird bei den Betriebskostenabrechnungen getrickst, dem muss ein Riegel vorgeschoben werden. Außerdem braucht es Maßnahmen zur Absenkung der Energiepreise sowie einen beschleunigten, klimagerechten Umbau der Heiz- und Energieversorgung. Wir fordern große Wohnungskonzerne

auf, Abrechnungen und Belege ihrer Heiz- und Nebenkosten offenzulegen und auf nicht belegbare Nachzahlungsforderungen zu verzichten. Vermieter werden aufgefordert, nur solche Sanierungsmaßnahmen durchzuführen, die tatsächlich auch zu einem spürbar sinkenden Verbrauch führen.

Anne Helm,
Co-Vorsitzende der Linkfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Wir gratulieren nachträglich im Januar zum Geburtstag!

Zum 101. Dora Scholze
Zum 94. Johanna Kayser
Zum 93. Dietrich Ehrentreich, Magda Schliefke,
Zum 92. Ingeborg Teubner
Zum 90. Dieter Giersch
Zum 89. Gerlinde Cymborowski, Elfriede Dieß
Zum 88. Barbara Raatz, Günter Zachau
Zum 87. Doris Barth, Helga Sobisiak
Zum 86. Lidia Schewtschenko
Zum 85. Elfriede Rastig, Ursula von Schirmeister
Zum 84. Helga Besler, Elfriede Lewerenz
Zum 83. Inge Franz
zum 81. Siegfried Wittig
zum 80. Annemarie Stötzel
zum 75. Brigitte Mensah-Attoh
zum 70. Cornelia Hornbogen, Manfred Staab
zum 65. Hans-Joachim Wolf

Wir gratulieren nachträglich im Februar zum Geburtstag!

zum 97. Eva Gumpel,
zum 95. Edith Kehr
zum 91. Erna Funk, Ulla Plener, Hildegard Rutekolk, Günter Fuhrmann
zum 90. Werner Vogel
zum 88. Rolf Richter
zum 87. Rosemarie Giese, Helmut Möller, Siegfried Wein
zum 85. Ruth Mütze
zum 82. Karin Heinrich
zum 81. Madlen Hackenschmidt,
zum 75. Karin Herbert, Elke Reuter

Wir gratulieren im März zum Geburtstag!

zum 96. Victor Grossman, Helmut Hauptmann
zum 92. Georg-Dietrich Breden
zum 90. Rolf Krug, Vera Reuß
zum 89. Udo Leuschner
zum 88. Ellen Rauhut, Helmut Schieferdecker,
zum 87. Eberhard Ugowski, Jürgen Zenker
zum 86. Rita Kindler
zum 85. Gerda Daenecke-Hohmuth, Ingrid Gohritz, Anne-Dore Zachrau
zum 84. Birgid Gysi
zum 81. Meike Andrae, Eckhard Augustin
zum 70. Peter Hoppe

DAS IST DAS LETZTE

„Sagen, was ist!", forderten Fichte, Lassalle und Rosa Luxemburg. Beim SPIEGEL ordnen sie den Spruch Blattgründer Rudolf Augstein zu. Ende vergangenen Jahres feierte das Magazin seinen Gottvater anlässlich dessen 100. Geburtstages.

Dass Weltkriegssoldat und Wehrmachtsoffizier Augstein einige Male Hitler anhimmelte, wird nicht verschwiegen, es sei jedoch Ausdruck zeitweiliger Orientierungslosigkeit gewesen und zeige zudem dessen feine Ironie. Über den „Journalisten des Jahrhunderts" (kleiner geht es bei den Hamburger Blattmachern nicht) wird berichtet: „Wenn er nach seiner Vergangenheit gefragt wurde, hielt es Augstein mit der Wahrheit nicht allzu genau, schon zu Lebzeiten strickte der an seiner eigenen Legende." Verschweigen, was war?

Heute wird umso mehr klargestellt, was ist: Wer Waffenlieferungen in die Ukraine hinterfragt, unterstützt Putin. Wer DIE LINKE wählt, will die DDR wiederhaben. Übertrieben? Damit Leserinnen und Leser gar nicht erst auf dumme Gedanken kommen, zeigt sich das Magazin bei anderer Geschichtsbetrachtung weniger nachsichtig als im Fall seines Gründers. So durfte parallel zu den Augstein-Festwochen der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk sein Welt- und Geschichtsbild im Heft ausbreiten. Zum Beispiel das über die DDR. Da lesen wir dann: „Alles gründete auf Gewalt – von der Kinderkrippe bis zur Bahre." Klar, wer aus dem Osten kennt ihn nicht, den Sch...befehl auf dem Töpfchen? Oder an Friedhofsmauern prangende Losungen wie „Keinen zurücklassen!" und „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!" Auch DIE LINKE bekommt selbstredend ihr Fett weg, nicht ohne mit der AfD in einen Topf geworfen zu werden: „Erst die SED-PDS-Linkspartei, dann die AfD – antiwestliche, antifreiheitliche Parteien hatten und haben hier (im Osten) einen besonderen Zulauf," meint Herr Kowalczuk. Ich sag's, wie es ist: Als Linker würde ich mir glatt auf die Zunge beißen, stimmte bei den Wahlen 2024 wenigstens das mit dem Zulauf für die Unseren. **Schorsch**

Heraus zum 8. März!

Frauen kämpfen gegen den Faschismus!

Frauentag, Frauenkampftag oder feministischer Kampftag — ganz gleich, wie wir ihn nennen, klar ist: Es ist ein höchst politischer Tag, an dem wir auf die Errungenschaften der Frauenbewegungen aufmerksam machen, unsere Rechte verteidigen und für sie kämpfen.

Dieser 8. März steht besonders im Zeichen der Bewegung gegen rechts, gegen die AfD. Die AfD ist nicht nur eine faschistische Partei, die die Demokratie abschaffen, Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte deportieren und Gewerkschaften und linke Organisationen zerschlagen möchte — sie ist auch eine frauenfeindliche Partei, die beispielsweise das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche abschaffen möchte (ein Recht, das Frauen in Westdeutschland ohnehin lange verwehrt blieb und noch immer nicht vollständig legalisiert ist). Die AfD setzt sich ein für ein Familienbild, in dem Frauen hinterm Herd stehen und der Mann als Familienoberhaupt die Brötchen verdient, ein Familienbild, das Frauen die Freiheit versagt. Dem sagen wir den Kampf an!

Aber auch die angeblich „progressive" Ampelregierung traut sich nicht daran, das Ehegattensplitting abzuschaffen, das dazu führt, dass verheiratete Frauen oft nur auf Minijob-Basis arbeiten, dadurch deutlich weniger Lohn erhalten und in der Rente viel stärker von Altersarmut betroffen sind als Männer. Es ist allerhöchste Eisenbahn, dass das Ehegattensplitting abgeschafft und durch ein vernünftiges Steuerkonzept ersetzt wird, das nicht die weniger verdienende Person (meistens die Ehefrau) benachteiligt.

Ohnehin sind Frauen und Queers meistens besonders von den Ungerechtigkeiten dieser Welt betroffen — etwa in Kriegen, wo (sexualisierte) Gewalt an Frauen als Kriegswaffe eingesetzt wird, oder Armut, die Frauen oft besonders stark trifft, zum Beispiel die stark weibliche Altersarmut in Deutschland. Allein deshalb schon steht es uns Frauen besonders gut zu Gesicht, gegen Faschismus und andere Verbrechen auf die Straße zu gehen, uns politisch besonders laut einzuschalten. **Martha Kleedörfer**

Impressum:
Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon: 24 009 336/204
E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck: R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht Genus und Sexus) besteht nicht.
Bezeichnungen mit der Endung –innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.
Redaktionsschluss: 29.02. 2024
Ausgabetag für Nr. 04/2024 – 04.04.2024

Rechts- und Sozial-Beratung
LinksTreff

Rechts- und Sozialberatung

Haben Sie Ärger mit dem Amt oder Jobcenter? Probleme mit dem Vermieter oder der Vermieterin, Inkasso oder Arbeitgeber*in? Dann kommen Sie gerne in unsere Sprechstunde!

Wenn möglich, melden Sie sich bitte vorher an. Sie können uns zu Ihrem Problem gerne per Mail informieren.
sozialberatung@linkstreff.de

Malplaquetstraße 12, 13347 Berlin,
Tel.: 030 28705751

Die Sozialberatung findet jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr statt.